

## Die Aktion für die Arbeitslosen.

ap. Unter den positiven Ergebnissen des Jenaer Parteitags steht der Beschluss über die Arbeitslosenfrage voran; er bedeutet die Einleitung einer bestimmten Aktion, die die ganze Partei und alle ihre Vertreter beschäftigen wird. Das soll nicht besagen, wie es von einigen Seiten geschieht, daß dieser Beschluss nun deshalb an Wichtigkeit alle andern Verhandlungen des Parteitags übertragt, daß alles andre, namentlich die Massenstreidebatte, neben dieser „praktischen Arbeit“ nur zweckloses Gerede bedeute und daß es schade war, daß dieses Gerede die längste Zeit, jene praktische Arbeit aber nur einen Vormittag der Parteitagswoche in Anspruch genommen hat. Eine solche primitive Aussöhnung verkennt das Wesen unserer Parteitage. Sie dienen in erster Linie dazu, die Gegenseite auszukämpfen und sich im Streit der Meinungen über die weiter zu befolgende Taktik klar zu werden; geschlossenes Handeln ist nur möglich, wenn zuvor die grundähnlichen Anschauungen ausgiebig Gelegenheit hatten, sich aneinander zu messen. Nur gelegentlich wird es vorkommen, daß zu einer Aktion gegriffen werden kann, deren Notwendigkeit sich so klar aus den vorliegenden Verhältnissen ergibt, daß darüber die ganze Partei einig ist; dann ist keine lange Diskussion nötig, dann beschließt man einfach und geht an die Arbeit. Eine solche Lage war jetzt durch die hereinbrechende Krise geschaffen worden; die Frage der Arbeitslosigkeit war auf einmal für das ganze Proletariat die brennendste Lebensfrage geworden, die alle Gedanken beschäftigte; und so war es natürlich, daß die ganze Partei einmütig zu einer Aktion für die Arbeitslosen führte.

Aber diese Gegenüberstellung der Arbeitslosenfrage zu der übrigen Tätigkeit des Parteitags als nützliche praktische Arbeit zu unpraktischer theoretischer Diskussion ist nicht nur unrichtig, sondern auch gefährlich. Denn sie könnte dazu führen, daß überschreiten wird, wie die Aktion für die Arbeitslosen allein zur praktischen Arbeit werden kann. Wenn gesagt wird, daß durch eine Diskussion über Massenstreik oder Steuerfrage keinem Arbeitslosen geholfen wird, so ist das in diesem direkten Sinne sicher richtig. Aber dann ist es genau so richtig, daß durch einige schöne Reden, Interpellationen und Anträge unserer Vertreter in den Parlamenten den Arbeitslosen auch keine Hilfe gebracht wird. Praktische Hilfe für die Arbeitslosen im unmittelbaren Sinne könnte ein Beschluss des Parteitags nur dann bedeuten, wenn unsre Partei Meister wäre über die Gesetzgebung und über die öffentlichen Kassen. Solange sie aber Minderheit ist, kann ihre praktische Arbeit nur bestehen im Reden und im Stellen von Anträgen; ob und inwieweit die bürgerliche Mehrheit diesen Reden Folge leisten und diese Anträge annehmen will, das hängt von vielen andern Faktoren ab. Auf diese andern Faktoren kommt es an; und die Frage, ob die beschlossene Aktion wirklich für die Arbeitslosen praktische Ergebnisse bringen wird, läuft darauf hinaus, ob und in welcher Weise die Arbeiterschaft auf den Willen der herrschenden Klasse in dem erwünschten Sinne einwirken kann.

Unter diesen Faktoren tritt als wichtigster und allgemeinst der Macht der proletarischen Klasse hervor, die hinter der Stimme ihrer Führer steht, die hinter den positiven Erfolgen, an Sozialreformen oder Erleichterungen erzielt, an feindlichen Gesetzen und Erhöhungen des Drucks abzuwehren weiß, das hängt in erster Linie davon ab, welche Macht an Stimmenzahl, an Geschlossenheit und Kampfbereitschaft die Bourgeoisie sich gegenüberstellt. Die ganze Geschichte der Politik, von den Sozialreformen im Jahre 1882, nach dem ersten Vertrag, und 1893 nach dem Fall des Sozialistengesetzes an bis zu der Diktatursvorlage 1913 nach dem Wahlerfolg von 1912, zeigt dies zur Genüge. Alles, was die innere Kraft, die Klarheit, die Geschlossenheit, und damit die Werbeleistung der Partei steigert, baut an ständigen positiven Erfolgen mit und ist in dieser Hinsicht praktische Arbeit ersten Ranges. Daher ist nichts falscher, als die direkten Anträge und Reden in den Parlamenten als speziell „praktische“ Arbeit den zur inneren Klärung dienenden Diskussionen gegenüberzustellen. Wer die tieferen Zusammenhänge beachtet, für den sind die Debatten über Massenstreik und Diktatursstage in genau so hohem Maße praktische Arbeit wie der Beschluss über die Arbeitslosigkeit. Mehn noch: da nicht die Wünsche und Bedürfnisse der Arbeiter, sondern nur ihre Macht darüber entscheidet, was sie bekommen, ist die Eroberung der Macht die an Wichtigkeit alles übertragende Lebensfrage für sie. Und man müßte die Aktion für die Arbeitslosen, wenn sie sich auf eine Parlamentsaktion ohne viel direkte Resultate beschränken würde, sogar als weniger praktisch bezeichnen, wenn sie nicht umgeholt geeignet wäre, selbst wieder fördernd und steigernd auf die Macht des Proletariats einzutreten.

Ein zweiter wichtiger Faktor, der stark mitwirken wird, die bürgerlichen Politiker und die Regierungen zu Hilfemaßnahmen zu bewegen, ist der Charakter dieser sozialen Not selbst. Wenn irgendwie, so ist es hier klar, daß das massenhafte Elend nicht aus irgendwelchen persönlichen Verhältnissen, sondern nur aus gesellschaftlichen Ursachen stammt; da können die Herren sich von der Pflicht der Gesellschaft, den Opfern dieser Gesellschaft beizubringen, nicht mit der Ausrede der persönlichen Verantwortlichkeit jedes einzeln drücken. Und wenn die Vertreter des Kapitalismus sich durch die eindringlichen Argumente, die grauenhaften Beispiele, die Fülle von statistischem Material über den ungeheuren Umfang der Not, die unsre Genossen ihnen vorlegen, noch nicht bestimmen lassen, so wird die Furcht vor den Folgen ihrer Weigerung das Urteil tun. Sie wissen, daß sie damit weite Kreise des Proletariats, die bisher noch den bürgerlichen Parteien Gefolgschaft leisteten, in die Arme der Sozialdemokratie treiben; und sie wissen auch, daß nichts so gefährlich für eine Regierung ist, als die Verzweiflung und die Erbitterung großer Arbeitermassen, die durch die Not zum Neuersten getrieben werden. Sie werden sich erinnern, daß Revolutionen immer im Gefolge großer Notstände auftraten. Und schließlich werden sie auch bedenken, daß es im Interesse des Kapitalismus und des Ausbeutertums selbst liegt, die Arbeitskraft des Proletariats nicht durch Armut und Krankheit verderben und verflimmern zu lassen. Wo alle diese Faktoren auf sie einwirken, ist es nicht ausgeschlossen, daß eine konzentrierte Aktion unsrer Partei in allen Parlamenten, Landtagen und Kommunalvertretungen zu direkten Erfolgen in der Gestalt von ernsthaften Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeitslosen führen wird.

Allerdings, allzu optimistisch darf man nicht sein. Die Aktion gegen die Fleischnot hat uns dazu ein Beispiel geliefert. Trotzdem hier die weitesten Volkschichten litten und viele Magistrate für Dehnung der Grenzen eintraten, geschah nichts wesentliches; mit einer parlamentarischen Aktion und einigen Versammlungen war die Geschichte zu Ende; an der politischen Macht der direkt Interessierten, der Jäger, prallte alles ab. Soll es diesmal anders gehen, dann nur dadurch, daß die hier direkt Interessierten, die notleidenden und darbietenden Proletarier, ihre Sache nicht ausschließlich der Wirkung der äußeren Faktoren und der Beredsamkeit ihrer Vertreter überlassen, sondern selbst als wirkender Faktor auf den Platz treten.

Wie wichtig dieses Auftreten der Arbeitslosen selbst ist, zeigt sich am besten darin, daß die großkapitalistische Presse es fürchtet und dagegen scharf macht. Die Kölnische Zeitung hat schon vor Arbeitslosendemonstrationen gewarnt, unter dem Vorwand, daß die „arbeitsstheuren Elemente“ der Großstadt sie zu verbrecherischen Zwecken ausnutzen werden, und mit dem Polizeijäbel gedroht. Aber die herrschende Klasse wird selbst empfinden, wie völlig unmöglich es ist, die Arbeitslosen daran zu hindern, öffentlich den Reichen und Reierenden ihre Not zu zeigen und ins Gesicht zu schreien. Es ist auch klar, daß verzweifelte Massen, die nichts zu verlieren haben und denen das Leben eine so unerträgliche Qual geworden ist, daß man täglich in den Zeitungen von Selbstmorden liest, sich nicht allzu sehr vor den Gefahren des Polizeijäbels fürchten. Sogar die Partei würde ein Auftreten der Arbeitslosen selbst nicht verhindern können. Da sie aber weiß, wie in diesem Auftreten eine starke Kraft liegt, die herrschende Klasse zu Abhilfemaßnahmen zu bestimmen, kann sie nicht daran denken, solches Auftreten verhindern zu wollen. Umgekehrt, sie wird es organisieren müssen, um die Kraft, die darin liegt, in der richtigen und zweckmäßigsten Weise anzuwenden. Nicht dadurch, daß sie sorgfältig Ausleihhälft und etwa ihre Demonstrationen auf die kleinere Gruppe der organisierten Arbeiter beschränkt, denn damit würde sie nur eine Kluft zwischen ihnen und den Unorganisierten graben. Sondern durch ihre entschlossene Kettung und ihre Anweisungen muß sie den organisierten und disziplinierten Teilnehmern einen festen Leitsaden des Handelns geben, der diese in den Stand setzt, durch ihr moralisches Übergewicht die Bewegung in den richtigen Bahnen zu halten, und der zugleich diese ganze Masse fester an die Partei bindet. Solche zielstarke geleiteten Aktionen der Arbeitslosen selbst, wenn nötig unterstützt durch die gesamte Arbeiterschaft, werden am fräftigsten mithelfen, praktische Erfolge für die Notleidenden zu erringen.

## Für unsere Frauen.

Wer zahlt die höchsten Wohnungsmieten?

k. r. Von der fachlichen Statistik wurde im Jahre 1905 in 16 Städten eine amtliche Statistik über die Höhe der Wohnungsmieten im Vergleich zur Höhe des Einkommens aufgenommen, die zu folgendem interessanten Ergebnis führte. Im Durchschnitt beträgt:

bei einem Einkommen von Mark	die Miete im Verhältnis zum Einkommen
bis 400	17,1 Prozent
400 " 500	16,5 "
500 " 600	14,8 "
600 " 700	13,2 "
700 " 800	12,4 "
800 " 900	11,0 "
900 " 1000	11,8 "
1000 " 1200	11,1 "
1200 " 1400	11,3 "
1400 " 1600	11,6 "
1600 " 1800	11,8 "
1800 " 2000	11,8 "
2000 " 2500	12,0 "
2500 " 3000	11,4 "
3000 " 3500	11,1 "
3500 " 4000	10,7 "
4000 " 10000	8,7 "
über 10000	4,9 "

Aus dieser amtlichen Statistik erscheint mir, wie bei einem Jahrelichen Einkommen von 400 M. die Miete allein schon 17,1 Prozent dieses Einkommens verschlingt, wie dann aber, je mehr das Einkommen steigt, der für Miete veranschlagte Prozentsatz immer geringer wird. Bei Einkommen von jährlich über 10000 M. beträgt dieser Satz nur noch 4,9 Prozent. Diese Statistik bestätigt also ganz klar und einwandfrei die schon lange bekannte Tatsache, daß die Miete verhältnismäßig um so höher, je geringer das Einkommen ist. Den breiten Massen der Armen bleibt von ihrem geringen Einkommen auch nur noch ein bedeutend geringerer Prozentsatz zur Befriedigung der übrigen Lebensbedürfnisse übrig als den Reichen, und zwar wegen der verhältnismäßig höheren Angaben, die die Armen für Miete haben. Das beweist diese Statistik ganz klar und deutlich.

Indessen erleidet dieser Beweis bei genauem Beschauen unsre Tabelle doch eine kleine Unterbrechung. Bei 1400 M. Einkommen beträgt der Mieteprozentsatz noch 11,5 Prozent; er steigt aber bei den nächsthöheren Einkommensklassen wieder um ein geringes, bis er bei 2500 M. wieder hinaufgegangen ist auf 12 Prozent; von da ab jedoch fällt er bei den noch höheren Einkommen wieder ununterbrochen.

Diese kleine Unterbrechung der absteigenden Linie — die an der Hauptlinie der Tabelle aber gar nichts ändert — hat nun der Zentralverband der Haus- und Grundbesitzervereine in einer so „vornehm“ Weise, wie sie diesen Kreisen ganz ansteht, für seine Zwecke ausgeschlachtet. Der Verein hat auf der großen Ausstellung in Leipzig eine Tabelle aufgestellt, die sich ausdrücklich auf die Erhebungen der sächsischen Statistik bezieht, jedoch in raffinierter Weise nur die erwähnten Einkommensgruppen vor: 1400—2500 M. enthält und so dem ohnmächtigen Beschauer den Eindruck erweckt, daß ihm hier die Gesamtangabe der erwähnten Unterforschung vorgelegt werden. Und um diese Aufführung voll zu machen, ist der Tabelle noch ein erläuternder Text beigegeben mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß es nicht wahr ist, daß der Satz: „je niedriger das Einkommen, desto höher die Miete“, richtig sei. — Was sagen unsre Leserinnen zu einer solch noblen Fälschungsmethode? In jeder ehrlichen Organisation einfacher Arbeit besteht zu viel Ehr- und Schamgefühl, um zu solch dreisten Mitteln Zuflucht zu nehmen. Dahingegen kreift von „Vergil und Bildung, Moral und Anstand“, — deren Organisation bereits nun mal so.

Das Geschichtchen ist nun in den Leipziger Neuesten Nachrichten einer Befreiung unterzogen und — moralisch abgetischt! So wird vielleicht die eine oder die andre meinen. Doch wer das meint, der kennt die höheren Moralsbegiffe, die in den „besseren“ und unzurückzuhaltenden Kreisen herrschen, anscheinend nicht genügend. Das genannte Blatt schreibt nur im geprägten Tone, der Zentralverband der Haus- und Grundbesitzer „hätte doch zur Vermeidung von Irrtümern mehr den genaueren Sachverhalt wiedergeben können“.

Also nicht: der einfache Anstand hätte den Verband veranlassen müssen, die Sache richtig darzustellen. Nein, er „hätte“ etwas „mehr“ den „genauerer“ Sachverhalt darstellen können. Wie schwer muß diesen Leuten das Gebot der Wahrhaftigkeit sein!

Am gleichen Artikel legen dann die Leipziger Neuesten Nachrichten Proben einer Fähigkeit ab, die elende Lage der unteren Kreise in das Eigentümliche umzudenken, daß der Zentralverband der Hausbesitzer sich wohl sagen wird: was bin ich demgegenüber doch für ein Waisenkind im Verdrehen! Man hat die elterne Stirn, lang und breit dazulegen, daß, wenn die Massen einen verhältnismäßig viel größeren Teil ihres Einkommens an Miete ausgeben müssen, dies nur ein Ausgleich gegenüber der Tatsache sei, daß dafür die Reichen auch unendlich viel größere Auswendungen für alle sonstigen Lebensbedürfnisse haben;

Je ärger der das Einkommen wird und je höher man in der sozialen Schichtung geht, um so größer werden auch die Ausgaben, die zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Stellung unbedingt notwendig und unvermeidbar sind. Diese Auswendungen belasten die höheren Schichten in ungleich stärkerem Maße als die unteren und dadurch wird ein Ausgleich dafür geschaffen, daß die letzteren für die Miete einen relativ viel größeren Teil ihres Einkommens verwenden müssen.

Weiter kann man — beharrt hätten wir gesagt: die Freiheit — den blutigen Sohn mit der Armut nicht mehr gut treiben. Einen solchen Artikel muß man zweimal lesen, um seinen ganzen Sinn zu begreifen. — Du Armer, wenn du auch schwer bleichen mußt für dein oft so elendes Schlupfstoch, Wohnung genannt, tröste dich, du brauchst als Erfolg dassum um so weniger für Kleidung, für Essen und Trinken auszugeben! Wie müssen da neben dir die armen Menschen sich plagen bei standesgemäßen Essen, Wällen und Bädern, Autos und Theatern! Du dagegen kennst von diesen schweren Kosten nicht eine einzige. Du wärst in der glücklichen Lage, deine paar hundert Mark im Jahr, die dir nach der Mietezahlung noch verbleiben, mit leichter Mühe schon in sechs Monaten auszugeben, wenn du das Geld nur im voraus in der Tasche hättest. Du glücklicher Armer! Die armen Leichen!

Solche edlen Staatsberuhenden Seelen, die der Schande, daß große Arbeiterheere in elenden Löchern wohnen, in denen kein Licht, keine Lust, kein Platz zum Erholen ist, die aller Sittlichkeit und Hygiene soviel sprechen, die dieser Schande mit der Nobilität gegenüberstehen, daß dafür diese Massen auch um so weniger an standesgemäßem Lebensunterhalt auszugeben brauchen — wie würden diese nimmermehr Kreise ausziehen, wenn sie selber das elende Los der breiten Massen zu kosten befäden!

Und nun stellt man sich die leiden noch so große Zahl der Frauen und Mütter aus den unteren Massen vor, die in ihrer Unkenntnis noch an Gängelbande der bürgerlichen Verhältnisse ihres großen Elends laufen und mit ihrem unehrenvollen Einfluß auch so manchen Mann vom heiligen Kampf um ein menschliches Los für sich selbst und ihre Klassengenossen zurückhalten. Die unehrenvolle Rolle solcher Frauen wird durch einen solchen zynischen Artikel aus dem Lager unserer Gegner wie mit Blödigkeit beleuchtet; aber auch die Tatsache, welche eine Kulturaufgabe unsre Genossinnen erschließt, die ihre missleideten Schwestern aus diesem Lager hinauszuführen sich bemühen.

## Die Angst vor dem Frauenwahlrecht.

Obwohl die Konservativen sich gern als starke Männer ausspielen, die sich nicht vor der Sozialdemokratie fürchten, sie vielmehr zerstampfen wollen, bekennen sie doch eine große Angst vor dem Frauenwahlrecht. Das geht aufs neue ein Artikel von Dertel bei der Deutschen Tageszeitung. Bezeichnwert, ja, zu einem gewissen Teil bewundernswürdig ist die Offenheit, mit der Dertel das Streben nach dem Frauenwahlrecht verurteilt und bekämpft, mit einem großen Aufgebot von Unlogik und Ungerechtigkeit.

Die Frage des politischen Wahlrechts für Frauen soll in seinem Artikel überhaupt nicht erörtert werden. Sie soll von vornherein ausgeschieden, denn „die Forderung des politischen Frauenwahlrechts schlägt der konservativen Weltanschauung geradezu ins Gesicht“. Dertel verlangt von den „wirklich konservativ gerichteten“ Frauen, daß sie mit den konservativen Männern gemeinsam die „unmoralische, unkonervative, im schlimmsten Sinne demokratische“ Forderung des Frauenwahlrechts unbedingt bekämpfen. Sie können mit den Prophetinnen des politischen Frauenwahlrechts nicht einen Schritt zusammengehen. Damit ist das politische Frauenwahlrecht abgetan.

Dass diese Forderung nicht nur eine ganz natürliche Gerechtsameforderung ist, sondern vor allen Dingen ein soziales Recht, das in der kapitalistischen Entwicklung seine Begründung findet, das klammert die Konservativen nicht. Aber die unentbeherrliche Tätigkeit von Millionen Arbeiterinnen in Schule, Fabrik, Kontor und Laden, in der Landwirtschaft und Heimarbeit, die können sie nicht weggleichen, und diese Tätigkeit ist es, die den festen Grundstein bildet, auf dem die Forderung der vollen politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts ruht. Die Erwerbstätigkeit der Frauen, die aufwärts steigt, in erster Linie die Eingliederung der Proletarierinnen in die Industrie bringen den Wandel des wirtschaftlichen und sozialen Lebens zum Ausdruck, und durch diesen Wandel ist die Forderung des Frauenwahlrechts mehr als begründet. Aber für die Konservativen scheidet diese Frage einfach aus.

Etwas anderes ist die Stellung zum Gemeinde- und Kirchlichen Wahlrecht. Hier gibt es die doppelte Einerseits-Anderseits-Politik. Einerseits darf sich die Frau, die im Hause keine Pflichten hat, in der Armentstreu, in der Fürsorge aller Art, in der Arbeit „der kirchlichen Sammlung“ (es ist ganz und gar unverständlich, worin die Arbeit eigentlich besteht) betätigen, anderseits bedarf sie dazu nach konservativer Auffassung neber des aktiven, noch des passiven Wahlrechts, nicht für die Gemeindewahlreitung, nicht für die Kirche. Diese Wahlen sind ja auch so „widrig bewegt“, daß die Teilnahme an ihnen dem weiblichen Wesen nicht entspricht. Natürlich, die Frau steht den konservativen Herren so hoch, um in das Parteidreieck hineinzugezogen zu werden. Sie steht ihnen aber nicht zu hoch, um sie nicht als Arbeitssklavin schmälich anzusehen und zu misshandeln. Am meisten fürchten sich die Konservativen, daß die Gewährung des kirchlichen und Gemeindewahlrechts die Brille sein könnte für die Erlangung auch des politischen Wahlrechts, und darum wird kurzerhand auch jenes Wahlrecht verpönt, denn das politische Wahlrecht der Frauen fürchten die Konservativen wie den Tod.

Die konservativen Frauen sollen sich politisch überhaupt nicht betätigen. Es soll jedoch noch eine besondere Befreiung stattfinden, die zur politischen Tätigkeit der konservativen Frau Stellung nimmt. Aber das weiß man heute schon, daß diese Tätigkeit das Hauptziel verfolgen muß, die „Art, die soziale Gesundheit, das Volkstum“ zu erhalten. Da dieses nach konservativen Gedankengängen durch häusliche Tätigkeit der Frau am besten erreicht wird, so sollen die Frauen sich bestreben, „Häuterinnen und Hegerinnen des deutschen Hauses, treue Gefährtinnen des kämpfenden Mannes und jüngste Erzieherinnen des werdenden Geschlechts“ zu sein. Diese häusliche Beschäftigung soll „Kern und Stern, Ziel und Richtung“ auch der politischen Tätigkeit der konservativen Frauen sein.

So heißt die Schlange sich selbst in den Schwanz. Die politische Tätigkeit der Frauen soll die Volldauer erhalten. Da dieses in erster Linie durch Pflege der Familie und des Hauses geschieht, so wird gefordert, daß die politische Tätigkeit der Frau sich auf das Haus befränen soll. Raus! Schlichtlich werden die Konservativen den Frauen auch noch das politische Wahlrecht zugestehen, wenn dieses auf die Wahl des Speisegeldes für den täglichen Mittagstisch beschränkt bleibt. Es ist vorwiegend der konservativen Lebensmittelverbrauchspolitik zu verdanken, daß immer mehr Frauen und